

# Entschließungsantrag

§ 55 GOG-NR

der Abgeordneten Lausch, Vilimsky  
und weiterer Abgeordneter

betreffend Erhöhung der Planstellen für Exekutivbedienstete im Justizwachdienst

**eingebraucht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt: Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1910 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2013 (Bundesfinanzgesetz 2013 - BFG 2013) samt Anlagen (1999 d.B.), Untergliederung 13 – Justiz, in der 181. Sitzung des Nationalrates, XXIV. GP, am 14. November 2012**

Im Budget des Bundesministeriums für Justiz ist für die Justizanstalten ein Budget von 399,9 Millionen Euro vorgesehen. Im Jahr 2010 wurden 347,7 Millionen Euro verbraucht.

Im Bundesgebiet werden 27 Justizanstalten betrieben, davon 15 Justizanstalten bei Gerichtshöfen Erster Instanz mit 8 Außenstellen, 8 Strafvollzugsanstalten mit 4 Außenstellen, 1 Sonderanstalt für männliche Jugendliche, 1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 21 Abs. 1 StGB, 1 Justizanstalt für die Unterbringung nach § 21 Abs. 2 StGB mit einer Außenstelle, 1 Sonderanstalt für die Unterbringung nach § 22 StGB mit einer Außenstelle.

Mit 1. Oktober 2012 gab es 8.738 Insassen in den österreichischen Justizanstalten. Diesen fast 9.000 Haftinsassen stehen im Verhältnis 3:1 nur ca. 3.000 Exekutivbedienstete im Justizwachdienst gegenüber. Im Jahr 2011 wurden schon Planstellen gestrichen. In den Ländern der europäischen Union beträgt das Verhältnis zwischen Insassen und Justizwachebeamten durchschnittlich 2:1.

Die Überstundenbelastung ist übermäßig. Das heißt, dass jedes Jahr von den Exekutivbediensteten im Justizwachdienst zusätzlich zur normalen Dienstzeit beinahe 19 Jahre an Überstunden geleistet werden! Laut Personalplan des Bundesfinanzgesetzes 2013 werden, trotz einer Erhöhung der Planstellen, wieder Planstellen bei den Exekutivbediensteten im Justizwachdienst eingespart.

Es sollte nicht wieder bei der Sicherheit zum Nachteil der Bediensteten gespart werden, sondern endlich zu einer Erhöhung der Planstellen für Exekutivbedienstete im Justizwachdienst kommen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Justiz wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass es zu keinen weiteren Einsparungen, sondern zu einer Erhöhung der Planstellen für Exekutivbedienstete im Justizwachdienst kommt.“

www.parlament.gv.at

1414